



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 27. November 2024

3998. 2024/15

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 17.01.2024: Stadtpolizei, statistische Erfassung der Einsätze mit Distanzmitteln

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Anjushka Früh (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2741/2024): In verschiedenen Polizeieinsätzen kommen unterschiedlichste Einsatzmittel zur Anwendung. Eine statistische Erfassung, welches Einsatzmittel unter welchen Umständen zum Einsatz gelangt und welche Folgen sich aus diesem Einsatz ergeben, gibt es nicht. Das betrifft besonders Distanzmittel wie Gummigeschosse, Wasserwerfer und Reizgase. Aufgrund der fehlenden Erfassung der Einsätze mit den Einsatzmitteln ist keine Evaluation und Analyse der allgemeinen Einsatzsystematik möglich. Besonders der Einsatz von Gummigeschossen führt immer wieder zu schwerwiegenden Verletzungen. Die Anzahl und Art der Verletzungen sind unbekannt. Das ist ein erhebliches Informationsdefizit. Sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus medizinischer Sicht ist es fragwürdig, Einsatzmittel einzusetzen, deren Folgen ungenügend dokumentiert sind und daher nicht evaluiert werden können. Dieses Informationsdefizit ist zu beheben, indem der Einsatz der Mittel statistisch erfasst wird. Der Postulatstext listet die zu erhebenden Daten detailliert auf. Diese sollen einmal jährlich öffentlich zugänglich gemacht werden, damit die Auseinandersetzung mit den Einsätzen der Distanzmittel und deren Einsatzsystematik ermöglicht werden kann. Das ist in unserer demokratischen Gesellschaft zu begrüßen.*

***Martina Zürcher (FDP)** begründet den von Claudio Zihlmann (FDP) namens der FDP-Fraktion am 31. Januar 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Statistiken mag ich. Beim Lesen des Vorstosses überlegte ich mir, wie man zu den geforderten Daten gelangt. Das ist im Eifer des Gefechts oft nicht möglich. Hierfür bräuchte es zusätzliche Polizistinnen und Polizisten, die an der Front entsprechend ausgerüstet die Daten erfassen. Das erachten wir nicht als praktikabel. Bei der Art der Verletzungen ist mir klar, dass es tragische Einzelfälle gibt. Aus Erfahrungen in anderen Ländern geht aber hervor, dass es bei Ausschreitungen auf beiden Seiten zu schwerwiegenden Verletzungen kommt, genau weil es die Distanzmittel nicht gibt. Ohne die Textänderung der GLP lehnen wir das Postulat ab.*



Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Die Polizei setzt die richtigen Mittel zur richtigen Zeit für die richtige Klientel ein. Letztere verhält sich auch nicht immer, als befände sie sich in einer Demokratie. Die Polizei setzt die Mittel nicht ohne Vorwarnung ein. In den wenigsten Fällen treffen sie bei Einsätzen die Falschen. Der beste Schutz gegen Verletzungen ist, nach Hause zu gehen. Die Polizei wird die Einsatzmittel wohl kaum nicht einsetzen, wenn sie bereits an Ort und Stelle sind. Es ist skandalös, dass Versicherungen die Heilungskosten übernehmen, denn wenn man sich gegen die Polizei stellt, geschieht das vorsätzlich. Das Postulat ergibt ein Bürokratiemonster. Die Polizei soll in ihrer Arbeit behindert werden. Die SVP kann mit beiden Textänderungen und dem Postulat nichts anfangen.

Moritz Bögli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Anjushka Früh (SP) kann ich voll und ganz zustimmen. Die Datengrundlage zu den Einsatzmitteln ist inexistent, aber dringend nötig. Die Voten der rechten Seite finde ich stossend. Die auftretenden Verletzungen sind keine tragischen Einzelfälle. Derek Richter (SVP) kann ich insofern zustimmen, dass die Polizei die Einsatzmittel oft einfach einsetzt, weil sie dort sind. Genau diese Einsätze sind nicht verhältnismässig und darum nicht legal. Dass jede Person, die sich gegen die Polizei stellt, das Risiko einer Verletzung verdient hat, ist stossend. Wir möchten eine Textänderung anbringen. Der Fokus ist gut gesetzt, aber es würde der Stadtpolizei guttun, wenn sie sich mit allen Einsatzmitteln beschäftigt und nicht nur mit den genannten. Die genaue Aufzählung der Einsatzmittel soll durch den Verweis auf Einsatzmittel nach Paragraph 5 Abschnitt 1 der Verordnung über die polizeiliche Zwangsanwendung (PolZ) ersetzt werden. Diese kantonale Verordnung regelt, welche Einsatzmittel die Polizei nutzen darf. Dann wären bspw. Taser auch enthalten. Die gesamtheitliche Auseinandersetzung der Polizei, welche Einsatzmittel sie wie benutzt, ist überfällig.

Carla Reinhard (GLP): Transparenz befürworten wir. Hier geht es um die Handlungen der Polizei, einem staatlichen Gewaltmonopol. Diese müssen wir als Bürgerinnen und Bürger nachverfolgen können, denn das ist die Basis eines demokratischen Rechtsstaats und darum sehr wichtig. Der Einsatz der Distanzmittel soll statistisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Bei Personenkontrollen wird das ja bereits gemacht. Wir möchten auch eine Textänderung einbringen. Die Liste der zu dokumentierenden Daten ist unserer Ansicht nach zu ausufernd und in einigen Punkten unrealistisch. So können bspw. die Anzahl Personen im Streufeld des Einsatzes immer nur geschätzt werden und das ist nicht aussagekräftig. Wir schlagen die Streichung dieses zweiten Satzes vor. Wenn die Textänderung angenommen wird, stimmen wir dem Postulat zu.

Sandra Gallizzi (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP ist der Ansicht, dass der Einsatz von Distanzmitteln statistisch erfasst werden soll. Dies soll aber praktikabel und sinnvoll umgesetzt werden und nicht zu einem administrativen Monstrum ausarten. Dem Postulat stimmen wir zu, in der Annahme, dass es nicht buchstabengetreu, sondern sinnvoll umgesetzt werden kann. In diesem Sinn begrüssen wir die Textänderung der GLP. Mit der Textänderung der AL können wir das Postulat nicht annehmen, da es zu weit geht.



Stefan Urech (SVP): In diesem Postulat werden Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern gemacht. Es stimmt mich misstrauisch, wenn der Sicherheitschef des Fussballclubs Zürich (FCZ), der für viele der Polizeieinsätze verantwortlich ist, suggeriert, dass die Polizei ihre Einsätze zum Spass durchführe. Dass er ein solches Postulat einreicht, während seine Parteikollegin die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements ist, stimmt mich nachdenklich zur Zukunft der Stadtpolizei, wenn das Misstrauen ihr gegenüber so gross ist.

Luca Maggi (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden: Die Unterstellungen aus dem letzten Votum sind grotesk. Einige Personen entlarven sich als ideologisch verblendet. Aus unserer Ratshälfte wäre zu erwarten gewesen, dass wir einen Verzicht auf Distanzmittel fordern. Um die Debatte um die Einsatzmittel führen zu können, braucht man eine Faktengrundlage. In der Diskussion um Einsatzmittel befinden wir uns in einer Sackgasse, darum wollen wir sie versachlichen. Bei der Datensammlung können wir gerne über die Grenzen hinausschauen und bspw. Beispiele aus Deutschland heranziehen. Darum begrüsse ich den Textänderungsantrag der AL, da sie den Blick öffnet. Denjenigen der GLP werden wir ablehnen, da er alle Anregungen, die man für die sachliche Debatte bräuchte, herausstreicht. Das Postulat ist ein Prüfauftrag und hier habe ich das Vertrauen in die Vorsteherin und ihr Departement, dass das Postulat so umgesetzt wird, dass wir eine übersichtliche und sachliche Datengrundlage erhalten.

Samuel Balsiger (SVP): Ein natürlicher Vorstoss, den man von linker Ratsseite erwarten könnte, ist die Forderung, dass die linksextreme Gewalt in dieser Stadt aufhört. Es ist nicht die Polizei, die die Einsätze freiwillig und aus Spass durchführt. Von den besagten Demonstrierenden geht ein grosses Gewaltpotenzial aus. Es ist also eher eine Situation von Ursache und Wirkung. STR Karin Rykart meinte selbst, dass es eine neue Dimension an linksradikaler Gewalt in der Stadt gäbe, über die man sprechen müsse. Wieso schaffen Sie es nicht, zu kritisieren, dass von Ihrer politischen Klientel eine solche Gewalt ausgeht? Bei SVP-Wählern fände ich das beschämend. Sie hingegen gehen auf die Polizei los, die dann den Kopf hinhalten muss. Das zeigt sich unter anderem darin, wie Luca Maggi (Grüne) als Sicherheitschef des FCZ mit der Gewalt, die von Fussballfans ausgeht, umgeht. Es bräuchte keine Polizisten, die mit Gummischrot auffahren müssen, wenn Sie Ihre Klientel zur Vernunft anhalten würden. Das ist das eigentliche Problem.

Derek Richter (SVP): Das Vertrauen der SVP in die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements ist nicht so ausgeprägt wie das von Luca Maggi (Grüne). Es ist bekannt, dass Gummischrot schwere Verletzungen hervorrufen kann. Wieso geht man dann an diese Demonstrationen? Es scheint Masochismus zu sein. Wieder einmal geschieht eine Täter-Opfer-Umkehr. Demonstrierende gehen auf Polizisten los und wenn sie sich wehren, sind sie die Täter. Unsere Polizei hat den Auftrag, Menschen zu schützen. Sie hat aber auch ein Gespür für Selbstschutz. Dafür ist jedes verhältnismässige Mittel angebracht.

Sophie Blaser (AL): Es ist erstaunlich, dass die Partei, die normalerweise findet, dass sich die Gesellschaft nicht von Gefühlen leiten lassen solle, nun so klare Einblicke in ihre



4 / 4

Gefühlswelt gibt. Samuel Balsiger (SVP) hat Scham angesprochen. Ich finde, dass diese öfter zum Tragen kommen darf, wenn man etwas Schlechtes gesagt hat. Die im Postulat geforderten Daten führen zu Fakten und einer legitimen Entscheidungsgrundlage.

Samuel Balsiger (SVP): *Wieder hatten Sie von linker Seite die Möglichkeit, sich gegen Gewalt auszusprechen und sie haben es nicht getan. Ich fordere Sie abermals auf, das zu tun. Wir werden einen Vorstoss einreichen, der dokumentieren soll, wo in den letzten 10 Jahren linksextreme Gewalt aufgetreten ist. Dann haben wir auch dazu eine faktische Datengrundlage. Dem müssen Sie zustimmen, sonst sind Sie unglaubwürdig.*

Stefan Urech (SVP): *Es ist niedlich, dass AL und Grüne so tun, als würden Sie tatsächlich eine Datengrundlage wollen, um sachlich fundierte Entscheide treffen zu können. Ihre Haltung kennen wir aber schon lange, da sie sich seit Jahren in Ihren Vorstössen gezeigt hat. Dass insinuiert wird, dass die Polizei sich an einem Samstag zum Spass zwischen gegnerische Fussballfans stelle, finde ich haarsträubend.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er den Einsatz von ~~den Distanzmitteln Gummigeschosse, Wasserwerfer und Reizgas~~ Einsatzmittel nach § 5 Abs. 1 der Verordnung über die polizeiliche Zwangsanwendung (PolZ) statistisch erfassen kann. Dabei sollen bei jedem Einsatz mindestens folgende Daten erfasst werden: a) Einsatzdatum b) Grund für Polizeieinsatz sowie Einsatzmittelwahl c) Anzahl und Art der eingesetzten Munition (inkl. Grösse und Gewicht) resp. Anzahl und Art eingesetzte Werfersysteme d) Anzahl Personen im Streufeld des Einsatzes e) eingehaltene Distanz f) Anzahl verletzte Personen und Art der Verletzungen g) Angabe, wie allfällig verletzte Personen ermittelt wurden h) Fazit des Einsatzes durch Einsatzleitung/ Kommando. Die Daten sollen einmal jährlich öffentlich zugänglich gemacht werden.

Das geänderte Postulat wird mit 68 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat